



⇒ **Stephan Lessenich**

## Immer, nur und überall: Wendy Browns Kritik des Neoliberalismus

Seit nunmehr vier Jahrzehnten dauert der politische Siegeszug des Neoliberalismus an, und ebenso lange wird dieser bereits sozialwissenschaftlich begleitet. So oft, so vielstimmig und so wortreich ist die neoliberale Transformation der Gesellschaft schon beschworen worden, dass man sich fragt, ob sie nicht mittlerweile zur Vollendung gekommen sein mag – und damit auch die kritisch-analytischen Messen ein für alle Male gelesen sein müssten. Aber nein, noch scheint die Produktion entsprechender Literatur anzuhalten, noch scheint in den Verlagsprogrammen Platz zu sein für den jeweils neuesten Abgesang auf die Welt, wie sie vor dem Neoliberalismus war (oder, aus Sicht der Jüngeren: wohl gewesen sein muss), für einen weiteren Nagel im Sarg der guten alten Zeiten des Wohlfahrtskapitalismus.

Nun also darf auch Wendy Brown, Politikwissenschaftlerin aus Berkeley, einstimmen in den transdisziplinären Chor der intellektuellen Klage über den Neoliberalismus, in diesem Fall unter besonderer Berücksichtigung seiner zerstörerischen Wirkungen auf die Demokratie der spätmodernen Gesellschaft. Und man muss leider sagen: Viel Positives hat dieses Buch nicht zur Debatte beizusteuern, weder wissenschaftlich noch politisch.

Browns zentrales Argument ist – auch weil im Verlauf der ca. 260-seitigen Analyse immer und immer wieder dargeboten – leicht rekonstruiert: Der Neoliberalismus ist im euroatlantischen Raum zu einer umfassenden »Regierungsrationalität« (8) geworden, zu einer spezifischen, mittlerweile sozial tief und fest verankerten »Form der Vernunft« (15). Diese wirkt als ein »Realitätsprinzip« (38), das der Ökonomisierung sämtlicher gesellschaftlicher Lebensbereiche den Weg bereitet und »jede Dimension des menschlichen Lebens« (32) ökonomisierten Maßstäben unterwirft: jedes Verhalten wird zu ökonomischem Verhalten, sprichwörtlich alles und jedes am und im Menschen wird zu »Kapital« stilisiert, zu Humankapital – zu einem lebendigen

Gegenstand von Investition und Rendite, Wettbewerbsfähigkeit und Kreditwürdigkeit.

Browns besonderes Interesse gilt der – so die Behauptung – Tatsache, dass der damit als

---

**Wendy Brown** (2015): Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört. Berlin: Suhrkamp. 333 S., ISBN 978-3-518-58681-5, EUR 29,95.

---

**DOI: 10.18156/eug-1-2017-rez-3**

universell und allgegenwärtig konstituierte *Homo oeconomicus* sein früheres *Alter ego*, den *Homo politicus*, bezwingt, ja dass er das Politische am und im modernen Menschen regelrecht abtötet: Auch das Politische wird im Neoliberalismus bloß noch in Kategorien des Ökonomischen gefasst – und auf diese Weise die Sorge um die öffentlichen Angelegenheiten und das allgemeine Wohl, die Idee des Demos und seiner kollektiven politischen Souveränität zu einer Frage des ökonomischen Kalküls. Die Auffassung vom Menschen als Humankapital zerstört die Grundlage einer demokratischen Bürger(gesell)schaft: »Wenn Menschen zu Kapital für sich selbst, aber auch für andere werden« (90), und wenn die Wertsteigerung ihres Kapitals gegenüber den Kapitalien konkurrierender anderer zum obersten und einzigen Verhaltensgrundsatz wird, dann schrumpfen »Raum und Bedeutung politischer Bürgerschaft« (90), dann wird die Demokratie »von einer politischen zu einer ökonomischen Bedeutungsordnung« (44) – was dem Ende der Demokratie gleichkommt.

Dies vor allem auch deswegen, weil die neoliberale Vernunft nicht nur die (zuvor) real existierende liberale Demokratie aushöhlt, sondern mehr noch jede Form – zumal ehrgeizigerer, substanziellerer, radikalerer – demokratischer Ideale, Vorstellungen und Sehnsüchte aus der Gesellschaft vertreibt (außer aus dem Geistes- und Motivationshaushalt US-amerikanischer Universitätsprofessor\*innen, doch dazu später mehr). Es geht der Verfasserin mithin darum zu zeigen, »[w]ie der neoliberale Triumph des *Homo oeconomicus* als ausschließlicher Gestalt des Menschlichen demokratische Praktiken und die demokratische Vorstellungswelt untergräbt, indem er das Subjekt überwindet, das sich selbst durch moralische Autonomie und mit anderen durch Volkssouveränität regiert« (91).

So weit, so gut bzw. schlecht – und so bekannt übrigens, aus der umfangreichen sonstigen Literatur zum Thema nämlich. Womit schon eines der zentralen Probleme des vorliegenden Buches benannt wäre; von denen es allerdings gleich drei gibt.

Das erste sei nur kurz angesprochen, auch weil die Verfasserin dafür nur bedingt verantwortlich zu machen ist: Es ist die deutsche Übersetzung. Dass Didier Eribons *Rückkehr nach Reims* (Eribon 2016) im vergangenen Jahr gerade hierzulande so eingeschlagen ist und die öffentliche politische Debatte nicht unmaßgeblich beeinflussen konnte, lag nicht zuletzt auch an der kongenialen Übersetzerleistung. Browns deutscher Verlag Suhrkamp ist also nicht grundsätzlich das Problem, aber offensichtlich kann er jedenfalls auch anders. Denn die Übersetzung von *Undoing the Demos* (so der amerikanische Originaltitel) ist unglaublich hölzern geraten und hängt mit seinen langen und

komplexen Sätzen, seinen Begrifflichkeiten und selbst seinen Füllseln sprachlich durchweg ganz eng am Original. Jedes betonende ›actually‹ wird hier zu einem überflüssigen ›tatsächlich‹, statt z. B. von unbefristeter Beschäftigung ist von einer »endlose[n] Anstellung« (46) die Rede, auf einer beliebigen Seite (hier: 41) wird man Sätze finden wie: »Zugleich wird das eigentliche Grundprinzip für Gewerkschaften, Konsumentengruppen und andere Formen wirtschaftlicher Solidarität neben Kartellen unter den Kapitalien demontiert.« Das – wie vieles, vieles andere – muss man dann schon zweimal lesen. Und man wird häufig dennoch nicht schlau draus.

Das ist natürlich schon einmal eine schwere Hypothek, zumal für ein wissenschaftliches Werk. Die zweite ist dessen Erscheinungsjahr: Denn wer im Jahr 2015 über die demokratiezersetzende Kraft des Neoliberalismus ein Buch schreibt, das sich in die mittlerweile unüberschaubare Tradition der Gouvernementalitätsstudien im Anschluss an Michel Foucault einzuschreiben beansprucht, muss analytisch doch schon mehr bieten, als Brown dies tut. Im Großen und Ganzen, also mit Blick auf »den großen Bogen und die Schlüsselmechanismen« (28) des neoliberalen Siegeszugs, ist zum Thema eben eigentlich alles schon gesagt – bzw. alles schon einmal gesagt, nur eben von anderen: von Autoren wie John Clarke (1994), Mitchell Dean (1999) und Nikolas Rose (1999) im englischen oder Ulrich Bröckling (2007), Lars Gertenbach (2007) und Thomas Lemke (1997) im deutschen Sprachraum (um nur die allerwichtigsten zu nennen). Und im Detail, also da, wo die Analyse Browns konkret zu werden versucht, kann sie leider nur bedingt überzeugen.

Für mich persönlich war zwar interessant, wie Brown das umschreibt, was ich selber mir als die ›neosoziale‹ Ader des Neoliberalismus zu bezeichnen angewöhnt habe: Das neoliberale Subjekt ist gezwungen, »ein verantwortlicher Investor in sich selbst [...] zu werden« (96) – und damit »eine bestimmte Form der Selbsterhaltung zu praktizieren, die mit der Moral des Staats und der Gesundheit der Wirtschaft zusammenpaßt« (97). Dieses mikroökonomisch-makrosoziale Passungsverhältnis, das die Individuen »für sich selbst verantwortlich mach[t]« und sie »zugleich an die Kräfte und das Projekt des Ganzen binde[t]« (153), sie »in ein gegebenes Projekt mit gegebenen Zielen integriert« (254), wird in Analysen neoliberaler Subjektivierung für gewöhnlich unterschlagen: »Positionierung im Wettbewerb, Bonitäts-einstufung und Wachstum [werden, S.L.] zu *den* Zielen der Nation, und Staatsbürgerschaft impliziert die Abstimmung auf diese Ziele. Eine tugendhafte Staatsbürgerschaft vollzieht diese Abstimmung; eine schlechte [...] tut das nicht.« (256, Herv. i. O.)

Doch kann diese Fundsache insgesamt nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei den beiden einem »Werk politischer Theorie« (28) gerecht werdenden Kapiteln des Buches letztlich um nicht mehr als eine Foucault-Exegese (Kapitel 2, 51–90) mit geringfügigen demokratiethoretischen bzw. -politischen Erweiterungen (Kapitel 3, 91–132) handelt. Die Erweiterung erfolgt im Lichte von Browns Kritik an Foucault, wonach dieser die »Auswirkung des Neoliberalismus auf die konstitutionelle Demokratie und die demokratische Vorstellungswelt« (83) verdunkelt bzw. gänzlich ausgeblendet habe: »Es gibt [...] Subjekte, [...] aber keine *Bürger* in Foucaults Genealogien und Theorien der Regierung, Gouvernamentalität und Biopolitik.« (84, Herv. i. O.) Der *Homo politicus* sei keine Figur in Foucaults Geschichte der Gegenwart – dabei sei er, als »ein Mini-Souverän mit einem Spektrum möglicher Zwecke« (113), erst im späten 20. Jahrhundert vollständig ökonomisch umgeformt, »umgedreht« worden. Erst im Zeitalter des Neoliberalismus werde aus dem politischen ein postpolitischer, ein apolitischer oder gar antipolitischer Mensch, erst jetzt »verwandelt sich das Bürger-Subjekt [...] von einem politischen in ein ökonomisches Wesen« (127). Dies nicht zu berücksichtigen, habe weitreichende Folgen »für das Verständnis dessen, was beim Aufstieg der neoliberalen Vernunft [...] auf dem Spiel steht« (100): die demokratische Verfasstheit des modernen Kapitalismus nämlich.

Den zweiten Teil ihres Buches widmet Brown der Illustration dieses Arguments. Die Wahl der Beispiele bzw. des jeweiligen Gegenstandsbezugs ist dabei ebenso irritierend wie sprechend. Irritierend, weil sie nur bedingt dasjenige zu zeigen vermögen, was in Sachen »Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört« wohl empirisch zu zeigen wäre. Sprechend, weil die Illustrationen durch und durch US-amerikanisch und darin wiederum bemerkenswert selbstbezüglich sind.

In Kapitel 4 (135–179) sollen die im Jahr 2003 erlassenen Verordnungen von Paul Bremer, Chef der Interimsbehörde der internationalen Siegerkoalition im Irak, als Beispiel für neoliberale »Governance« *at work* dienen (vgl. 168–179). Der Leser fragt sich allerdings durchweg, ob es sich hierbei tatsächlich um einen Paradefall jener apolitischen »Verwaltungsform« (143) der neuen politischen Rationalität handelt – oder nicht viel eher um genau das, wovon sich Brown mit ihrem Foucaultianischen Neoliberalismuskonzept analytisch abzusetzen trachtet. Denn ausweislich Browns eigener Darstellung des Falles ging es im Irak wohl weniger um die Konstitution spezifischer Subjektivitäten oder um ein Beispiel dafür, »wie Gesellschaften und Bevölkerungen intensiv, doch indirekt regiert werden können« (136) – von

Mächten, die »nirgendwo diskursiv sichtbar« sind, gleichwohl aber »diesen Prozeß orchestrieren« (158). Viel plausibler scheint vielmehr eine klassisch politökonomische Deutung, wonach wir es hier mit einem typischen Fall kapitalistischer Nachkriegshegemonie zu tun haben, mit einer »Menge staatspolitischer Maßnahmen, [...] um die Rentabilität für eine Klasse von Kapitalisten wiederherzustellen« (32), ja womöglich ganz vulgärimperialistisch mit dem militärisch bewehrten Versuch, »den Irak zu einer Spielwiese für das internationale Kapital und insbesondere für US-amerikanische Konzerne zu machen« (178). Sicher, »neoliberale Governance« klingt da umfassender, durchdringender – und irgendwie geheimnisvoller, ja magischer auch. Aber reproduziert eine solche Deutung nicht womöglich auch die Selbstbeschreibung eines Systems, das für sich reklamiert, nur mehr zurückhaltend und »sanft« zu steuern?

In Kapitel 5 (180–208) widmet sich Brown dem Beispiel der Wahlkampffinanzierung in den USA, konkret der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs im Fall *Citizens United vs. Federal Election Commission* aus dem Jahr 2010 (vgl. 184–208). Für Brown steht dieses Urteil stellvertretend für den Siegeszug des ökonomischen Prinzips im Feld des Politischen: für die Neoliberalisierung der Politik, für die Umdeutung von Wahlen zu politischen Märkten, für die Konzeption von freier Meinungsäußerung als Kapital, von Wählerstimmen als zu maximierendes Gut, von Regierungseingriffen als Akten der Marktverzerrung und Wettbewerbseinschränkung. Nicht nur sei der Unternehmensfinanzierung von Kandidat\*innen Tür und Tor geöffnet worden, sondern »Marktmetriken« (196) seien als (im Wortsinne) entscheidendes Maß politischen Handelns etabliert worden – geadelt durch »die Sprache der Bürgerrechte als Ergänzung zur Sprache des Marktes« (199), da eine Beschränkung der Unternehmensfinanzierung als unzulässiger Rechtseingriff in bürgerliche Freiheiten abgelehnt worden sei. Warum Brown in ihrer sehr ausführlichen (und damit letztlich auch sehr redundanten) Auseinandersetzung mit der Begründung des Mehrheitsvotums durch Richter Kennedy keinerlei Bezug zu Anthony Downs' *Ökonomischer Theorie der Demokratie* (Downs 1957) herstellt, bleibt ihr Geheimnis – wo doch dort so vieles schon vorgedacht worden war, einschließlich der Einebnung der »Unterscheidung zwischen ökonomischen und politischen Ordnungen« (207). Und dies (man höre und staune) im prä-neoliberalen Jahr 1957, als das demokratische Gras in den Vereinigten Staaten (wie gleich zu sehen sein wird) angeblich noch sattgrün war. Hätte Wendy Brown Downs' Werk einbezogen, so wäre sie wohl jedenfalls nicht zu dem Schluss gekommen, dass »[j]eder dieser Schachzüge« höchstrichterlicher Argumentation »in

der Geschichte des demokratischen Denkens und Handelns neu« (208) sei. Offenbar ist nicht alles ›neo‹ am Neoliberalismus.

Kapitel 6 (209–241) schließlich befasst sich mit der geisteswissenschaftlichen Hochschulbildung, genauer gesagt mit deren Niedergang (vgl. 215–241). Folgt man Browns Darstellung, so war das 20. Jahrhundert »so etwas wie ein Goldenes Zeitalter für die öffentliche Hochschulbildung« (215) – und die Geisteswissenschaften (*liberal arts*) an amerikanischen Universitäten die gesellschaftliche Schule der Demokratie. Dann aber, zum Ende des Jahrhunderts, kam der jähe, radikale Wechsel vom Bildungsparadigma zu dem des Humankapitals. Auch wenn man vieles von dem, was Brown zum gegenwärtigen Universitätsbetrieb ausführt, aus eigener Anschauung kennt und ebenso vieles von ihr mit guten Gründen kritisiert wird: Ihre holzschnittartige Darstellung der alten (guten) und neuen (bösen) Hochschule – die ganz auf der Linie einer Stilisierung der hiesigen ›Bologna-Reformen‹ zum Untergang des Bildungsabendlandes liegt – macht doch einigermaßen betroffen, ebenso wie die Überhöhung der kapitalistischen Gesellschaft der vor-neoliberalen Zeit zur demokratischen Bildungsrepublik und – vor allen Dingen – wie die erstaunliche Selbstüberschätzung des eigenen Beitrags zu einer lebendigen Demokratie bzw. der eigenen Bedeutung für deren Aufrechterhaltung und Reproduktion.

Um ehrlich zu sein: Teile dieses Kapitels grenzen an Peinlichkeit – wiewohl es sich um Peinlichkeiten unterschiedlichen Grades handelt. So sei der wiederkehrende Duktus US-amerikanischer Überlegenheitsgefühle kurzerhand verziehen. Natürlich, die erste und vornehmste Bildungsrepublik war die amerikanische, »[n]irgendwoanders und zu keiner anderen Zeit wurde diese radikal-demokratische Idee begeisterter angenommen und institutionalisiert als in den Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg« (222). Aber dass die andernorts elitäre Vorstellung vom »eigentliche[n] Projekt der höheren Bildung« (218) dort im vergangenen Jahrhundert »auf der breitesten Klassengrundlage in der Geschichte der Menschheit« den »Massen« (215) offen gestanden habe, die damit »zur Freiheit ausgebildet« (221) worden seien? Und dass dann innerhalb kürzester Zeit das Bildungsideal verraten und »auf das Versprechen der Einkommensgenerierung reduziert« (218), damit aber völlig entwertet worden sei: Wer würde beides so einfach behaupten wollen?

Richtig peinlich wird es allerdings, je näher Brown der eigenen Lebensrealität und damit auch sich selbst kommt. Nicht nur, dass die Universität als Nabel der Erfahrungswelt fungiert (gleich das erste Beispiel des Buches ist dem akademischen Feld entnommen, vgl.



22f.). Und nicht nur, dass hier ein latenter Kreuzzug gegen die Geisteswissenschaften aufgedeckt wird: »Studenten werden von Familien und kulturellen Normen dazu gezwungen, Hauptfächer in Betriebswirtschaft, Ingenieurwissenschaften und berufsnahen Disziplinen zu wählen gegenüber denen in den Geistes-, Human- und interpretativen Sozialwissenschaften« (219) – Disziplinen, die für einen »Liberalismus grundlegender egalitärer Verpflichtungen, eines reichhaltigen Humanismus und eines starken Ethos des öffentlichen Wohls« (224) stünden. Brown gleitet hier auch in oberflächlichste Kulturkritik ab, wenn sie etwa behauptet, dass sich die neoliberale Hochschule Geisteswissenschaften als etwas vorstelle, »das Individuen sich einverleiben können wie Schokolade, das sie praktizieren können wie Yoga oder benutzen können wie das Ingenieurwesen« (225) – und überhaupt, die Populärkultur feiere nicht mehr »Erfinder von Impfstoffen, Leute, die sich für den Frieden einsetzen«, sondern gebe sich »der Verherrlichung ungebildeter und oft auch leerer Berühmtheit« (229) hin. Und zugleich werde – jetzt kommt es! – die »letzte Kraft innerhalb öffentlicher Universitäten, die möglicherweise noch das Ideal des gut gebildeten Bürgers aufrechterhält, die geisteswissenschaftliche Professorenschaft selbst, sowohl in ihrem Umfang als auch in ihrer Macht, ihre Vision umzusetzen, drastisch eingeschränkt« (234). Da muss man als Vertreter der geisteswissenschaftlichen Professorenschaft doch erst einmal schlucken und tief durchatmen, wirkt die akademisch-wissenschaftliche Selbstüberhöhung der Kollegin doch arg befremdlich. Und mehr noch: Angesichts der jüngeren, durchaus wohlfeilen und interessierten Debatte um die vermeintliche Abgehobenheit und Weltfremdheit der linksliberalen Intelligenzija (nicht nur in den USA) sind derartige Passagen geradezu schmerzhaft zu lesen. Dies leitet über zum dritten Problem des Buches: Wenn man Brown die politische Rat- und Ideenlosigkeit im Angesicht der neoliberalen Hegemonie nicht ankreiden mag – denn wem es anders geht, der werfe an dieser Stelle den ersten Stein –, so aber doch die Erklärungsarmut ihrer Analyse und die Performativität ihrer Diagnose. Was die Seite der Erklärung angeht, so stellt Browns Buch die Leser\*in vor das Rätsel, wie es überhaupt zu Aufstieg, Durchbruch und Erfolg der neoliberalen Vernunft bzw. der damit verbundenen Zerstörung der Demokratie kommen konnte. »Das Überleben der Demokratie hängt von den Menschen ab, die für sie ausgebildet werden, was Widerstand gegen die Neoliberalisierung ihrer Institutionen und ihrer selbst impliziert.« (240) Wo aber war dieser Widerstand in einer Gesellschaft, die zur Zeit des neoliberalen *take-off* Brown zufolge als die demokratisch gebildetste aller Zeiten gelten konnte? Wie konnte in

einer Bildungsrepublik, deren höheres Bildungswesen »die Entwicklung intelligenter, umsichtiger Eliten und die Reproduktion der Kultur zum Ziel hatte und [...] eine umfassend gebildete Bürgerschaft kultivierte« (23), der *Homo politicus* durch den *Homo oeconomicus* usurpiert werden? Im Lichte von Browns Analyse stellt sich dies als ein veritables Paradoxon dar.

Denn einerseits behauptet die Autorin die Existenz einer »amerikanischen Öffentlichkeit, die für die individuelle und kollektive Fähigkeit zur Selbstbestimmung ausgebildet« (223) gewesen sei wie keine zweite zuvor und danach. Andererseits aber gingen die geisteswissenschaftlich zur Freiheit ausgebildeten Bürger\*innen – Freiheit »verstanden sowohl als individuelle Souveränität (die Wahl und Verfolgung eigener Zwecke) als auch als Partizipation an kollektiver Selbstbestimmung« (222) – den dumpfen Kapitalsirenengesängen des Neoliberalismus auf den Leim. Haben sie sich womöglich – schreckliche Vorstellung – geisteswissenschaftlich ermächtigt, individuell souverän und kollektiv selbstbestimmt für das Falsche entschieden? Und am Ende auch noch – Donald Trump lässt mittlerweile als US-Präsident grüßen – für den Falschen?

Eine Antwort auf diese Frage bleibt Brown schuldig. Nicht zuletzt deshalb, weil die Bürger\*innen bei ihr als Akteure seltsamerweise gar nicht mehr vorkommen – sondern nur noch als zum entpolitisierten Marktdasein geführte Humankapitalist\*innen. Das wiederum hängt damit zusammen, dass die Verfasserin nichts anderes als einen alles durchdringenden, einen total gewordenen, einen totalitären Neoliberalismus diagnostiziert. Immer wieder ist bei Brown die Rede von der »allgegenwärtigen Ökonomisierung aller Merkmale des Lebens« (32), davon, dass die neoliberale Rationalität »Menschen ausschließlich als Marktakteure auffaßt, immer, nur und überall als *Homini oeconomici*« (32). Immer, nur und überall: mehr geht nicht. In der neoliberal gewordenen Welt, im »*Wirklichwerden* einer spezifischen normativen Form der Vernunft« (139, Herv. i. O.), gibt es »keine Motivationen, Antriebe oder Bestrebungen außer ökonomischen« (48) mehr, sind die »Quelle[n] der radikal-demokratischen Inspiration« (251) effektiv trockengelegt – durch »eine Form der Regierung, die sanft und total ist« (250).

Nun ließe sich polemisch fragen, woher oder woraus Wendy Brown selbst ihre eigene kritische Energie und ihr – ganz persönliches? – »Begehren nach Demokratie« (9) bezieht, wenn denn auch noch »Nichtregierungsorganisationen, nicht an Gewinn orientierte Organisationen, Schulen, Nachbarschaftsorganisationen und sogar gesellschaftliche Bewegungen, die sich selbst im Gegensatz zu neoliberaler



Wirtschaftspolitik verstehen, trotzdem durch die neoliberale Rationalität strukturiert werden« (243)? Alle Polemik beiseite aber stellt sich die ernsthafte Frage, ob denn eine derartig total-totalitäre Diagnose dem erklärten Ziel Browns, eine »fruchtbare und nützliche Theoriebildung unserer Gegenwart« (143) zu leisten, gerecht wird – oder ob eine solche Form des Denkens eher performativ jene »Wirklichkeit« mit herbeidenkt, die im selben Atemzug beklagt wird?

Brown selbst warnt eingangs ihres Buches davor, die von ihr erzählte Geschichte »zu einer teleologischen zu machen, zu einem dunklen Kapitel in einem stetigen Marsch auf die Endzeit hin« (20). Leider ist ihre Abhandlung aber kaum anders denn als eine solch negative Teleologie zu lesen – erklärt sie doch den Neoliberalismus zu eben jener »Rationalität, durch die der Kapitalismus am Ende die Menschheit verschlingt« (48). Nicht zufällig ist der letzte Abschnitt von *Die schleichende Revolution* mit »Verzweiflung« (265) überschrieben: Brown bezieht sich hier, sicher nicht unberechtigterweise, auf den tiefen Zweifel der gesellschaftlichen Linken an der Gestaltbarkeit der Welt – und ruft abschließend dazu auf, »dieser Verzweiflung an der Kultur [...] gegen[zusteuern« (268). Doch man wird nicht sagen können, dass sie selbst einen produktiven Beitrag zu einer entsprechenden Bewegung leisten würde.

Wendy Brown ist eben nicht Karl Marx. »Marx' Analyse [...] setzte [...] Subjekte voraus, die sich nach Emanzipation sehnten und denen eine politische Sprache der Gerechtigkeit zur Verfügung stand – nicht verwirklichte Prinzipien der Demokratie –, durch die sie diese Gerechtigkeit fordern konnten. Diese Subjekte und Prinzipien können nicht mehr vorausgesetzt werden.« (131) Aber warum eigentlich nicht? Vielleicht sollte sich die politische Theorie endlich mal wieder mehr trauen. Also den Menschen mehr zutrauen – und selbst wieder mehr *politische* Theorie wagen.

## ⇒ Literaturverzeichnis

Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Clarke, John (1994): Managing social policy, London: Sage.

Dean, Mitchell (1999): Governmentality. Power and rule in modern society, London: Sage.

Downs, Anthony (1957): An Economic Theory of Democracy, New York: Harper & Brothers (Dt.: 1968: Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen: Mohr Siebeck).

Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims, Berlin: Suhrkamp.

Gertenbach, Lars (2007): Die Kultivierung des Marktes. Foucault und die Gouvernementalität des Neoliberalismus, Berlin: Parodos.

Lemke, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, Berlin: Argument.

Rose, Nikolas (1999): Powers of freedom. Reframing political thought, Cambridge: Cambridge University Press.

---

**Stephan Lessenich**, \*1965. Prof. Dr. rer. pol., Institut für Soziologie, Ludwig-Maximilians-Universität München  
(stephan.lessenich@lmu.de).

---

---

**Zitationsvorschlag:**

Lessenisch Stephan (2017): Rezension: Immer, nur und überall: Wendy Browns Kritik des Neoliberalismus. (Ethik und Gesellschaft 1/2017: Sozialethik der Lebensformen).  
 Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2017-rez-3> (Zugriff am [Datum]).

---



**ethikundgesellschaft**  
**ökumenische zeitschrift für sozialethik**

**1/2017: Sozialethik der Lebensformen**

Bernhard Laux

Kann man (intime) Lebensformen bewerten? Eine Reflexion im Anschluss an Jürgen Habermas und Rahel Jaeggi

Gregor Scherzinger

Pluralität der Lebensformen und Modelle theologischer Ethik

Peter Bescherer

»Wir sind doch auch eine Minderheit«

Rechtspopulismus als Verteidigung von Lebensformen

Helga Amesberger

Sexarbeit: Arbeit – Ausbeutung – Gewalt gegen Frauen? Scheinbare Gewissheiten

Luisa Fischer

Familiale Lebensformen: Thesen des Wandels und aktuelle familiensoziologische Perspektiven als Herausforderungen der Ethik

Jonas Hagedorn/Lisa Neher

Familie und Alter – Lebensformen zwischen Deinstitutionalisierung und pflegepolitischer Reinstitutionalisierung

Gerhard Schreiber

Geschlecht als Leerstelle? Zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2019/16 gegen die Versagung eines dritten Geschlechtseintrags

Christian Spieß

Zwischen Gendertheorien und Naturrecht. Christlich-sozialethische Überlegungen zur rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und zur »Ehe für alle«